

Konzeptvorlage zur Einrichtung einer bundesweiten Dokumentationsstelle antihomosexueller Gewalt

Die Einrichtung einer Dokumentationsstelle, die die Fälle antihomosexueller Gewalt in Deutschland erfasst, und parallel dazu eine aktuelle wissenschaftliche Studie beauftragt und auswertet, ist seit einigen Jahren von verschiedenen lesbisch-schwulen Opferhilfeeinrichtungen angedacht, aber nicht realisiert worden. Es gibt viele einzelne örtliche Projekte, deren Mangel eine Gesamtbündelung ihrer Fälle antihomosexueller Gewalt ist. Eine bundesweite Dokumentationsstelle kann diese einzelnen Projekte in ihrer Beratungs- und Präventionsarbeit stützen, bestehende Konzepte entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung wissenschaftlich fundiert weiter entwickeln und langfristig ein öffentlich zugängliches Archiv über antihomosexuelle Gewalt eröffnen.

Situation antihomosexueller Diskriminierung und Gewalt in Deutschland

Immer noch werden schwule Männer überdurchschnittlich häufig Opfer von Gewaltstraftaten (die Viktimisierungsrate liegt bei etwa 20%). Experten gehen jedoch davon aus, dass 80 bis 90 % der antischwulen Gewalttaten nicht zur Anzeige kommen. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass einerseits Anzeigen – ähnlich wie bei Heterosexuellen – häufig deswegen unterbleiben, weil die Opfer sich nichts davon versprechen oder aber den Schaden für gering halten. Das Besondere im Deliktfeld antihomosexueller Gewalt aber ist, dass über 20 % der Befragten keine Anzeige erstatteten, weil sie Diskriminierungen durch die Polizei oder die zwangsweise Offenlegung ihrer sexuellen Identität (bspw. als Folge einer Gerichtsverhandlung) befürchteten. Hierzu leisten einzelne Schwule Überfalltelefone in Deutschland eine besondere Aufgabe. Durch sie werden bisher antihomosexuelle Gewalttaten vor Ort ansatzweise erfasst und Opfer antischwuler Gewalt beraten.

LSVD – jahrzehntelange Erfahrung in der Anti-Gewalt-Arbeit

Das 1991 vom SVD-NRW (heute: LSVD e.V.) für Köln entwickelte Anti-Gewalt-Projekt hat sich im Laufe seines über zehnjährigen Bestehens in NRW mit seinen Schwulen Überfalltelefonen als schwule Opferhilfe-Einrichtung etabliert. Die modellhaft für Köln entwickelten Konzepte einer schwulen Opferhilfe-Arbeit, einer Zusammenarbeit mit der Polizei sowie Gewaltprävention finden heute in vielen regionalen LSVD-Projekten von Magdeburg bis Saarbrücken Anwendung.

Das 1992 zunächst auf Köln beschränkte und von wenigen ehrenamtlichen Mitarbeitern geleistete Beratungsangebot konnte kontinuierlich ausgebaut werden. Im Sommer 1993 wurde das Schwule Überfalltelefon Köln erstmals durch eine hauptamtliche Kraft betreut, welche – basierend auf dem „Kölner Modell“ – auch die Vernetzung und den Aufbau von weiteren Anti-Gewalt-Projekten (AGP) in NRW unterstützte. Es wurden zielgruppenspezifischen psychosozialen Hilfs- und Beratungsangebot für Opfer antihomosexueller Gewalt und Diskriminierung geschaffen. Vielen Opfern konnte Hilfe geleistet werden – sowohl praktische Unterstützung als auch psychische Stärkung. 1996 hat das Landeskriminalamt NRW in Zusammenarbeit mit dem SVD/LSVD die Kampagne „Liebe verdient Respekt“ aufgelegt. 1998 wurde auch das erste Projekt eines Lesbisch-schwulen Überfalltelefons in Bielefeld ins Leben gerufen.

Seit 1992 hat sich das Beratungsangebot von der anfänglichen Telefonberatung bis hin zur persönlichen Opferberatung fortentwickelt. Für die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiter wurden spezielle Fortbildungsprogramme für die Beratung der Opfer antischwuler Gewalt konzipiert.

unabhängige Dokumentation – kompetente Anbindung an Opferhilfe

Eine Dokumentationsstelle sollte nach unserer Auffassung eine organisatorisch von bestehenden Opferhilfeeinrichtungen unabhängige Einrichtung sein, die dennoch durch einen Verband wie den LSVD an die Praxis Schwuler Überfalltelefone (SÜT) angebunden ist. Dadurch ist eine Rückkoppelung zur praktischen Beratungs- und Präventionsarbeit sowie zur aktuellen Situation in bezug auf die Entwicklung antischwuler Gewalt gegeben. Auch wenn eine Dokumentationsstelle organisatorisch unabhängig arbeitet von einem örtlichen SÜT, so hat ein engerer Bezug wie zum Beispiel an das Schwule Überfalltelefon Köln zahlreiche Vorteile:

Das seit 1992 tätige Schwule Überfalltelefon Köln des LSVD genießt bereits überregional Vertrauen, sowohl in bezug auf kooperierende andere Beratungseinrichtungen als auch in der konkreten Opferhilfearbeit. Das SÜT Köln ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Opferhilfen (AdO) und Gründungsmitglied des im Herbst 2002 gegründeten Arbeitskreises der Schwulen Überfalltelefone und schwulen Antigewaltprojekte in Deutschland (ASAD). Durch diese Einrichtungen würde auch die Dokumentationsstelle leichter an Informationen zu konkreten Fällen antischwuler Gewalt gelangen und eine Rückmeldung eigener Ergebnisse bei den Opferhilfeeinrichtungen sicherstellen.

Dokumentation und wissenschaftliche Begleitung

Neben dieser konkreten Erfassung aktueller antihomosexueller Gewalt sollte die Dokumentationsstelle auch noch einen weiteren Schwerpunkt in der Arbeit haben: die Beauftragung und Auswertung einer wissenschaftlichen Studie zu antihomosexueller Gewalt. Um eine sowohl für die Praxis der schwulen Opferhilfen wie auch für die Polizeipraxis und die Politik anwendbare Studie sicher zu stellen und statistisch abgesicherte Ergebnisse zu erhalten, halten wir die Gewinnung und Beauftragung des allgemein anerkannten Kriminologischen Forschungsinstituts Hannover (KFN Hannover) für die vorgesehene Studie für vorrangig erstrebenswert. Nachteil bisher vorliegender Studien ist nämlich ihre begrenzte Aussagefähigkeit für alle drei Anwendungsbereiche: Opferhilfe, Polizeiarbeit, Politik.

Eine Dokumentationsstelle könnte so durch die (wissenschaftliche) Erfassung der Taten nach unterschiedlichen Motiven der schlichten, wie auch umso schwierigeren Frage nachgehen: „Wie kommt es zur Schwulenfeindlichkeit?“

Zu dieser Frage liegen auch heute noch kaum wissenschaftlich abgesicherte Kenntnisse vor. Bisherige Studien in diesem Themenfeld zeigten eine Schwäche darin, dass sie zu sehr Szene-gebunden erstellt wurden. Eine wissenschaftliche, aber nur auf Niedersachsen bezogene Studie liegt schon 9 Jahre zurück (Niedersächsisches Sozialministerium (Hg.): Antischwule Gewalt in Niedersachsen: Ausmaß-Delikte, Täter-Opfer-Maßnahmen. Hannover 1994). Es sollte also bei der wissenschaftlichen Fragestellung der Dokumentationsstelle relevant sein, wie es zu Gewalt gegen Schwule kommt, welche Motive hierfür maßgeblich sind und welche soziale Hintergründe derartige Taten begünstigen; beispielsweise auch inwieweit die Konzeption männlicher Identität und ihre Verunsicherung bei den Tätern bei antihomosexueller Gewalt eine Rolle spielt.

Tätergruppen und Tätermotive

Opferhilfeeinrichtungen sehen ihre Aufgaben primär nicht in der Täterarbeit. Dabei stellt die Erfassung von Daten über Tätergruppen und ihre Motive einen notwendigen Hintergrund für präventive Maßnahmen dar, denn Erkenntnisse über „die Täter“ antihomosexueller Gewalt liegen nicht zuletzt auch im Interesse der Opfer. Eine bundesweite Dokumentationsstelle für antihomosexuelle Gewalt, die sich selbst Präventions- und Aufklärungsarbeit zum Auftrag macht, hat die besondere Aufgabe, an bestehenden Vorurteilen zu Tätermotiven zu arbeiten und die sich ergebenden Fragen zu den Tätergruppen, ihrer Altersstruktur, ihrem Verhaltensmuster, Identität, Rollen- und Gewaltverständnis und ihrer kulturellen Herkunft zu beantworten. Aus früheren Studien und aus Berichten betroffener Männer, die in der „Szene“ kursieren, hat sich das Bild ergeben, dass antihomosexuelle Gewalt Männergewalt ist, präziser: Gewalt junger Männer. Diese versuchen vielfach aufgrund von Rollenunsicherheiten ihre Identität für sich und ihre Peergroup durch antihomosexuelle Reden oder Gewaltakte zu klären. Ein erheblicher Anteil von antihomosexuellen Gewalttaten geht auch von jungen männlichen Migranten, insbesondere aus dem islamischen Kulturkreis aus. Für diese Migranten ist Homosexualität etwas ihrer Kultur Fremdes und wird auch entsprechend massiv abgelehnt. Zum Teil verbindet sich dies noch mit bestimmten religiösen Vorstellungen. Eine wissenschaftliche Täteruntersuchung hätte die Aufgabe, zu klären, ob diese Vorstellungen eines Täterprofils auch heute noch zutreffend sind.

Ziel des Projektes „Dokumentationsstelle“: nachhaltige Prävention

Aus den Erfahrungen der lesbisch-schwulen Anti-Gewalt-Arbeit ist bekannt, dass vielen Fällen antihomosexueller Gewalt Diskriminierungen lesbischer und schwuler Lebensweisen vorausgehen, die nicht im strafrechtlich relevanten Deliktbereich liegen. Auch ein erheblicher Anteil der den Lesbisch-Schwulen Überfalltelefonen gemeldeten Fälle liegen im Bereich von Diskriminierung, denen strafrechtlich nicht begegnet werden kann. Eine wirksame Prävention im Bereich antihomosexueller Gewalt muss daher auch gezielt bei den vielfältigen Formen antihomosexueller Diskriminierungen ansetzen. Neben der strukturellen Gewaltprävention, die darauf zielt lesbisches und schwules Selbstverständnis zu stärken und in der Allgemeinbevölkerung über lesbische und schwule Lebensweisen aufzuklären, um eine positive Auseinandersetzung mit der Vielfalt der Liebes- und Lebensweisen anzuregen und langfristig die Akzeptanz lesbischer und schwuler Lebensweisen zu befördern, muss auch opferorientiert über die Möglichkeiten aktiver Antidiskriminierungsarbeit informiert werden. Zielsetzung ist hier die Stärkung von Selbsthilfe und Eigeninitiative von Schwulen und Lesben.

Denn wie es der damalige Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement, auf dem 6. Deutschen Präventionstag in Düsseldorf so treffend formuliert hat: *"Die Ansatzpunkte für Prävention müssen (...) so vielfältig sein, wie es die Kriminalitätsursachen und Kriminalitätsformen selbst sind"*.

Konkret bedeutet die bundesweite Dokumentation von antihomosexueller Gewalt und die Auswertung der Ursachen einen zeitgemäßen und zukunftsorientierten Schritt in der Präventionsarbeit für Gewaltopfer in der Bundesrepublik Deutschland.

Folgende Aufgabenbereiche einer „bundesweiten Dokumentationsstelle antihomosexueller Gewalt in Deutschland“ können zusammengefasst werden:

- Sammlung und Auswertung von Meldungen antihomosexueller Gewalt über Presse, Anti-Gewalt-Projekte, das Internet
- wissenschaftliche Studie zu antihomosexueller Gewalt
- Öffentlichkeitsarbeit zu den Dokumentationsergebnissen (z. B. Infomaterial und Erstellung einer umfangreichen Sammlung - Archiv - im Internet)
- Aufklärungs- und Informationsarbeit in der lesbischen und schwulen Gemeinschaft zu Täterprofilen und – motiven
- Opferorientierte und strukturelle Gewaltprävention
- Fortentwicklung der Konzepte zur MultiplikatorInnenfortbildung
- Beratung und Koordination von Opferhilfeeinrichtungen
- Evaluation und konzeptionelle Weiterentwicklung der bestehenden Anti-Gewalt-Arbeit sowie die Vertretung in Fachgremien auf Bundesebene
- Aktive Antidiskriminierungsarbeit
- Zusammenarbeit mit anderen bundesweiten Opferhilfeeinrichtungen
- Vergleich von nationalen und internationalen Erhebungen